

Antrag

der Abgeordneten Jürgen W. Möllemann, Hildebrecht Braun (Augsburg), Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Ulrike Flach, Paul K. Friedhoff, Hans-Michael Goldmann, Joachim Günther (Plauen), Dr. Karlheinz Gutmacher, Klaus Haupt, Birgit Homburger, Dr. Klaus Kinkel, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Ina Lenke, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Dirk Niebel, Detlef Parr, Cornelia Pieper, Dr. Günter Rexrodt, Dr. Irmgard Schwaetzer, Dr. Max Stadler, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Dieter Thomae, Jürgen Türk, Dr. Guido Westerwelle, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der F.D.P.

9-Punkte-Konzept zur Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen

Der Bundestag wolle beschließen:

A. Sofortprogramm der Bundesregierung wird Zielsetzung nicht gerecht

Die Bundesregierung hat ein sog. „Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit/Programm zur Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung von Jugendlichen“ vorgelegt.

Das Programm der Bundesregierung wird seinem eigenen Ziel, tatsächlich 100 000 Jugendliche in Arbeit zu bringen, nicht gerecht. Es erweist sich bei näherer Betrachtung als Augenwischerei, da mehr als 400 000 Jugendliche ohne Ausbildung und Beschäftigung bleiben werden.

Selbst der kleine Teil der Ausbildungsplatzsuchenden, den das Programm erfaßt, wird nicht in Arbeit und Ausbildung gebracht, sondern hauptsächlich auf die lange Versorgungsbank geschoben.

Bei einer genauen Analyse des „Sofortprogramms“ wird schnell deutlich, daß es selbst dem eigenen Anspruch, einen zentralen Koalitionsauftrag umzusetzen und Jugendliche so schnell wie möglich in Ausbildung und Beschäftigung zu bringen, nicht genügt. Schon von seinen Eckdaten her wird es dem selbstgesteckten Ziel nicht gerecht.

- Für 5 000 Jugendliche wird das Nachholen des Hauptschulabschlusses gefördert, unbestritten sinnvoll für die Betroffenen, aber keineswegs gleichzusetzen mit Ausbildung und Arbeit, was von dem Programm ausdrücklich versprochen wird. Im übrigen macht das Eingreifen des Bundes das schulpolitische Versagen der rot-grünen Landesregierungen deutlich.

- Weitere 5 000 Jugendliche sollen, z. B. durch Streetworker, stabilisiert und motiviert und an die Arbeitswelt herangeführt werden. Auch das ist sinnvoll, bedeutet aber ebenfalls nicht Ausbildung und Beschäftigung.
- Etwa weiteren 1 000 Jugendlichen soll bei Entschuldung und Wohnungsproblemen geholfen werden. Das bringt sicher Beschäftigung für die öffentlichen Institutionen, die diese Aufgaben wahrnehmen, nicht aber für die von diesem Programmansatz betroffenen Jugendlichen.

Unmittelbar auf Beschäftigung zielen lediglich die Lohnkostenzuschüsse zur Beschäftigung von arbeitslosen Jugendlichen, die es allerdings in ähnlicher Form schon seit langer Zeit gibt. Die zahlenmäßig stärkste Programmgruppe dagegen soll lediglich eine Zusatzqualifikation erhalten, die den Berufseinstieg erleichtert. Auch diesen immerhin 25 000 Geförderten wird also sicher Gutes getan, sie werden aber gerade nicht in Ausbildung und Beschäftigung gebracht.

B. 9-Punkte-Konzept der F.D.P. schafft zusätzlich Ausbildungsplätze

Eine strukturelle Entlastung auf dem Ausbildungsmarkt ist dauerhaft nur durch mehr Wachstum und Beschäftigung möglich. Dazu ist eine drastische Senkung der Steuern und Abgaben, insbesondere für kleine und mittlere Betriebe, die einen Großteil der Ausbildungsplätze stellen, nötig. Die neue Bundesregierung hat aber im Gegenteil die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft verschlechtert.

Zur Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen für Jugendliche müssen auch die Tarifpartner ihrer Verantwortung gerecht werden.

Die Ausbildungsmisere ist in vielerlei Hinsicht auch ein Ergebnis der Schulpolitik. Unternehmen klagen darüber, keine qualifizierten Auszubildenden zu finden, da viele Schulabgänger nicht einmal über die Grundfertigkeiten wie Rechnen, Schreiben und Lesen verfügen. Zudem sei ein frappierender Mangel an Pflichtbewußtsein und Verantwortungsbereitschaft erkennbar. Es muß Abhilfe geschaffen werden, indem die Schulen, insbesondere die Haupt- und Realschulen, finanziell und personell besser ausgestattet werden. Mehr Lehrer und bessere Unterrichtsbedingungen sowie eine geregelte soziale Betreuung sind dringend notwendig. Die Länder müssen hier ihre Verantwortung übernehmen und den jungen Bürgerinnen und Bürgern eine sichere Grundlage mit auf ihren weiteren Berufsbildungsweg geben.

Die konsequente Wirtschaftspolitik zum Abbau der Arbeitslosigkeit muß für Jugendliche durch flankierende, gezielte Maßnahmen zur Schaffung neuer Ausbildungsplätze ergänzt werden:

1. Die F.D.P. fordert regionale Ausbilderkonferenzen als wichtige Bausteine zur Schaffung neuer Ausbildungsplätze. Die Schaffung neuer Ausbildungsplätze erfordert eine gesteigerte Flexibilität sowohl der Betriebe als auch der Berufsschulen. In regionalen Ausbilderkonferenzen können Ausbildungsbetriebe, Berufsschulen und überbetriebliche Ausbildungsstätten sich abstimmen und so die beste Auslastung erzielen.

Voraussetzung für wirkliche Funktionalität ist aber die Abschaffung starrer Vorschriften insbesondere in den Berufsschulen, so daß die Betriebe mit den Schulen und den überbetrieblichen Ausbildungsstätten fle-

xibel über die Lehre der Auszubildenden entscheiden können (zwei Tage Unterricht oder nur ein Berufsschultag, Blockunterricht etc.). Es ist auch notwendig, die Berufsschulen finanziell und personell besser auszurüsten. Die Einführung der gestuften Ausbildung trägt zu einer Flexibilisierung bei und fördert die Jugendlichen besser nach ihren individuellen Fähigkeiten und Begabungen.

2. Die F.D.P. fordert, neue Berufsbilder zügiger zu schaffen. Insgesamt müssen sich Berufsbilder flexibler als bisher an Veränderungen anpassen können. Die Ausbildungssituation krankt u. a. daran, daß neue Berufsbilder immer noch zu langsam entstehen. In den Bereichen, die auf dem Arbeitsmarkt der Zukunft Bedeutung erlangen, insbesondere Kommunikation, Multimedia und Dienstleistungen, liegen derzeit Ausbildungsplätze und auch Berufsbilder unter dem wirtschaftlichen Bedarf. Der Situation könnte u. a. durch modulare Ausbildungsgänge entgegen gewirkt werden, da diese sich schneller anpassen lassen und somit flexibler auf Veränderungen am Arbeitsmarkt und der technischen Entwicklung reagieren können.
3. Der Einsatz von Ausbildungsplatzentwicklern, die in den neuen Bundesländern bereits Erfolge erzielt haben, muß flächendeckend erfolgen.
4. Aktionen der Landesregierungen und der Bundesregierung, wie auch der Kreise und Kommunen, die direkt auf Betriebe zukommen und dort für weitere Ausbildungsplätze werben, müssen weitergeführt werden. Die Verantwortlichen sollen persönlich dafür einstehen, daß neue Ausbildungsplätze entstehen.
5. Die F.D.P. hält es für förderungswürdig, wenn sich zwei Betriebe die Verantwortung für die Ausbildung eines Jugendlichen teilen. Dann können auch kleine Unternehmen ausbilden. In einigen Fällen könnte auch zugunsten einer Zusatzqualifikation, die ausbildungsbegleitend erworben wird, die Ausbildungsteilzeit eingeführt werden. Diese Maßnahme soll aus Geldern finanziert werden, die derzeit in Berufsvorbereitungsmaßnahmen und in die Unterstützung junger Arbeitsloser gesteckt werden.
6. Ausbildungsbörsen, die in Kooperation mit Radiosendern oder dem Fernsehen sowie den Zeitungen angeboten werden, müssen in Zukunft an bereits erzielte Erfolge anknüpfen und müssen fortgesetzt werden. Insbesondere erweist sich die Unterstützung durch prominente Politiker oder andere bekannte Persönlichkeiten als förderlich.
7. Die Beratung der Jugendlichen bei der Wahl ihres Ausbildungsplatzes muß dringend verbessert werden. Zwar sind die großen Anstrengungen der Arbeitsämter nicht zu verkennen, doch fehlt es oft an Kooperation mit den Schulen. Insbesondere Jugendliche mit sozialen Problemen werden so oft nicht angesprochen. Maßnahmen, die Jugendlichen mit Streetworkern zu betreuen, zeigen sicherlich eine richtige Richtung auf. Doch müssen auch andere Wege gefunden werden, die Jugendlichen anzusprechen, bevor sie auf der Straße landen und dort betreut werden müssen. Auch ist in den Arbeitsämtern zu überprüfen, ob die Chancen der jungen Frauen gesichert sind. Noch vor wenigen Jahren ergaben die computergesteuerten Tests der Arbeitsämter bei ansonsten gleichen Eingaben unterschiedliche Ergebnisse (individuelle Berufsvorschläge) bei Jungen und Mädchen.

8. Die F.D.P. fordert ein Mobilitätsprogramm zur Verbesserung der Ausbildungssituation. Während in einigen Regionen der Mangel an Ausbildungsplätzen groß ist, klagen Unternehmen in anderen Regionen über einen Mangel an (qualifizierten) Auszubildenden. Ein Mobilitätsprogramm mit Unterbringungsmöglichkeiten (evtl. wie bei Austauschprogrammen mit Familienanbindung oder mit Auszubildendenwohnheimen) und ein bundesweiter Informationspool über freie Ausbildungsplätze sind hier die gebotenen Maßnahmen.
9. Alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden aufgefordert, persönlich dafür einzutreten, daß Wirtschaft, Handwerk und Verwaltung in ihrem Wahlkreis bzw. ihrer Region zusätzliche Ausbildungsplätze schaffen.

Bonn, den 26. Januar 1999

Jürgen W. Möllemann
Hildebrecht Braun (Augsburg)
Rainer Brüderle
Ernst Burgbacher
Ulrike Flach
Paul K. Friedhoff
Hans-Michael Goldmann
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Karlheinz Gutmacher
Klaus Haupt
Birgit Homburger
Dr. Klaus Kinkel
Gudrun Kopp
Jürgen Koppelin
Ina Lenke
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Dirk Niebel
Detlef Parr
Cornelia Pieper
Dr. Günter Rexrodt
Dr. Irmgard Schwaetzer
Dr. Max Stadler
Carl-Ludwig Thiele
Dr. Dieter Thomae
Jürgen Türk
Dr. Guido Westerwelle
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion